VR-07 (V-103)-128 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 127 bis 129 einfügen:
und mangelnde Solidarität zwischen den EU-Staaten im menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden - sie sind unverhandelbar. Das gilt auch für die EU-weite Einhaltung des refoulement-Verbots und unsere scharfe Verurteilung menschenrechtswidriger pushbacks etwa entlang der polnisch-belarussischen Grenze. Die Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab. Wir werden uns weiter für Verbesserungen auf Europäischer Ebene
einsetzen, aber die Rechtsakte müssen nun wie jedes Recht umgesetzt werden. Die

Begründung

In Zeiten des gesellschaftlichen und politischen Rechtsrucks ist es sehr wichtig zu bekräftigen, was uns als Menschenrechtspartei ausmacht: „Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden - sie sind unverhandelbar." – BDK-Beschluss vom 26.11.2023 zum Dringlichkeitsantrag „Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik", https://cms.gruene.de/uploads/assets/Dringlichkeit-Humanitaet-und-Ordnung-Beschluss-BDK-11-2023.pdf , Zeile 283.

In diesem Zusammenhang ist auf massive Menschenrechtsverletzungen etwa entlang der polnisch-belarussischen Grenze hinzuweisen (vgl. u.a. European Council on Refugees and Exiles – ECRE: EU EASTERN BORDERS: Pushbacks from Poland Continue, Brüssel, 31.05.2024, https://ecre.org/eu-eastern-borders-pushbacks-from-poland-continue-%E2%80%95-poland-shares-details-of-shield-east-plan-to-reinforce-europes-eastern-borders-%E2%80%95-finland-border-guards-t/).

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekräftigen wir hiermit unsere Positionierung gegenüber der neuen Krisen-Verordnung, die – wie andere Teile des GEAS-Reformpakets – am 1. Juli 2026 zur Anwendung gelangen wird: „Die Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab." – Länderrats-Beschluss vom 17.06.2023: Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union, https://cms.gruene.de/uploads/images/20230617-Beschluss-LR-Fuer-eine-moderne-und-menschenrechtsorientierte-Migrationspolitik.pdf , Zeile 244-245.

Dieser Änderungsantrag basiert auf einem Änderungsantrag zum Europawahlprogramm 2024 und schreibt diesen fort: https://antraege.gruene.de/49bdk/motion/2395/amendment/16306

weitere Antragsteller*innen

Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Janna Voßnacker (KV Berlin-Reinickendorf); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Bennet Noah Dyllong (KV Berlin-Pankow); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Peter

Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Ocean Renner (KV Nordfriesland); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.